



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Karl Freller, Gudrun Brendel-Fischer, Joachim Unterländer, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Dr. Franz Rieger, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Martin Schöffel, Klaus Steiner, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/8088

Flüchtlingszustrom eindämmen – Schutzbedürftigen helfen!

Angesichts des dramatisch angestiegenen Flüchtlingszustroms ist Bayern an der Grenze der Belastbarkeit angelangt. In den letzten Monaten wurde Enormes geleistet, trotzdem sind die Kapazitäten nun in allen Bereichen – organisatorisch, personell und finanziell – ausgereizt.

Um diese krisenhafte Situation zu meistern, müssen nach Auffassung des Landtags folgende Ziele erreicht werden:

1. Flüchtlingszustrom eindämmen!

Um die Zuwanderung zu begrenzen, müssen für Bürgerkriegsflüchtlinge Kontingente festgelegt, die Außengrenzen effektiv geschützt und die Schleuserkriminalität stärker bekämpft werden.

2. Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen!

Die Mittel für die Fluchtursachenbekämpfung müssen aufgestockt und die Situation in den Flüchtlingscamps der Krisenregionen verbessert werden.

3. Asylmissbrauch abstellen und Verfahren verbessern!

Der massenhafte Asylmissbrauch muss durch Leistungskürzungen, Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, kürzere Asylverfahren und verstärkte Rückführungen effektiv bekämpft werden. Die Gesundheitskarte ist als weiterer Zugangsanreiz abzulehnen.

4. Europäische Verantwortung einfordern!

Eine europaweite Verteilung der Flüchtlinge, einheitliche europäische Leistungsstandards und EU-Asylzentren in Nordafrika und an den Schengen-Außengrenzen sind unumgänglich.

5. Bund und Länder in die Verantwortung nehmen!

Unbegleitete Minderjährige müssen schnellstmöglich bundesweit verteilt werden. Darüber hinaus muss sich der Bund im Asylbereich an den Kosten von Ländern und Kommunen dauerhaft und hinreichend finanziell beteiligen.

6. Bleibeberechtigte Flüchtlinge integrieren!

Die Deutschkurse für Flüchtlinge müssen erheblich ausgeweitet und die Integration vor allem in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnen verbessert werden. Dabei ist die uneingeschränkte Anerkennung unserer Werteordnung einzufordern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich für die Umsetzung dieser Ziele durch geeignete Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene einzusetzen. Nur so kann wieder ausreichend Spielraum geschaffen werden, um den wirklich Schutzbedürftigen in Deutschland angemessen zu helfen.

In diesem Zusammenhang dankt der Landtag den unzähligen Mitarbeitern in den Behörden sowie den tausenden Einsatzkräften und freiwilligen Helfern, die sich rund um die Uhr um die Menschen kümmern, die entkräftet und nicht selten traumatisiert bei uns ankommen. Ihr Engagement ist in der derzeit äußerst angespannten Lage unentbehrlich.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin